

Erstausgabe 4 Wochen  
 Westfäl. Zeitungspreis  
 1,00 M.  
 In bester im Verlag  
 "Die Eiche", Berlin  
 N. O. 55, Greifswalder  
 Straße 222.

# Die Eiche

Anzeigen für die sechs-  
 gespaltene Beilage  
 20 Pfg.  
 Arbeitsmarkt 15 Pfg.  
 Ortsvereinsanzeigen  
 10 Pfg.

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-V.)

Nr. 4

Berlin, den 14. April 1933

44. Jahrg.

Fernsprechamt  
 Alexander 4719

Alle Zuschriften für "Die Eiche" an H. Volkman, Greifswalder Straße 222. Alle für das Hauptbüro des Gewerkschaftsvereins bestimmte Postfächer sind zu adressieren: Gewerkschaft der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin NW 55, Greifswalderstr. 222. Samtl. Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin NW 55, Greifswalderstr. 222, Postfach 80821 beim Postfachamt Berlin NW 7

Fernsprechamt  
 Alexander 4719

## Umbruch.

Von Ernst Lemmer.

In der "Wirtschaftlichen Selbstverwaltung" be-  
 handelt Kollege Lemmer die grundsätzliche Ein-  
 setzung des Gewerkschaftsorgans zum Staat und die  
 gewerkschaftlichen Aufgaben der Zukunft. Das  
 programmatische Inhalts wegen, geben wir die  
 Ausführungen auch unseren Mitgliedern zur Kennt-  
 nis.

Die deutsche Krise hat eine markante und schicksal-  
 schwere Wendung genommen. Seit Jahren hat sie unsere  
 gewerkschaftliche Arbeit überschattet und uns immer wieder  
 vor neue, schwerere Aufgaben gestellt. Durch die Er-  
 eignisse vom 30. Januar hat sich ein bedeutender staats-  
 politischer Umschwung vollzogen. Unsere gewerkschaftliche  
 Arbeit wird dem Rechnung tragen, weil sie nur positiven  
 und aufgeschlossenen Geistes, zum Staat hingewendet, ihren  
 höheren nationalen Sinn erhalten kann. Für uns ist die  
 Ständearbeit an der kulturellen und sozialen Hebung der  
 Arbeiter und Angestellten nicht Selbstzweck gewesen, viel-  
 mehr blieb bei all unserem Handeln das Verantwortungs-  
 gefühl lebendig, welches für unser ganzes Volk und Land uns  
 befeht. Darum stellt der Vorstand des Gewerkschafts-  
 rings in seinem Aufruf vom 14. März an die freiheitlich-  
 nationalen Arbeiter und Angestellten fest, daß der frei-  
 heitlich-nationale Gewerkschaftsring für sich in Anspruch  
 nehme, in jeder Schicksalsstunde des deutschen Volkes vor-  
 behaltlos seine nationale Pflicht erfüllt zu haben. Das  
 befeht, so fährt der Aufruf fort, die Geschichte der frei-  
 heitlich-nationalen Arbeiter- und Angestelltenbewegung, die  
 nimmere über zwei Menschenalter bis in die Mitte des  
 vergangenen Jahrhunderts zurückreicht. Aus dieser Grund-  
 haltung freiheitlich-nationaler Gewerkschaftsauffassung er-  
 gibt sich die Überzeugung, daß unsere Arbeit nur dann  
 für die Arbeiter und Angestellten fruchtbar gemacht  
 werden kann, wenn sie gleichzeitig der Staatsraison dient.  
 Der Staat war, ist und bleibt das Fundament für das  
 Leben unseres Volkes im ganzen, wie eines jeden einzelnen  
 Volksgenossen. Wenn wir in dem Streit um die Geltung  
 der staatlichen Schlichtungsordnung unbestechlich an dem  
 Gedanken festhalten, daß dem Staat in letzter Instanz  
 das Recht zum verbindlichen Eingriff in die Auseinander-  
 setzungen seiner sozialen Gruppen vorbehalten bleiben  
 müsse, so deshalb, weil nach unserer Auffassung die so-  
 zialen Machtkämpfe stets dort anzuhören haben, wo der  
 Staat als Treuhänder des vollständigen Gesamtinteresses  
 es gebietet. An der Wiege unserer Bewegung, in der  
 Mitte des vorigen Jahrhunderts, vor der Gründung des  
 neuen Deutschen Reiches von 1871, stand das treue und  
 leidenschaftliche Bekenntnis der Führer zur deutschen Na-  
 tion und zum deutschen Staat. Mit diesem Bekenntnis  
 der Begründer unserer Bewegung gingen hunderttausende  
 freiheitlich-nationale Arbeiter und Angestellte in die  
 Schützengräben des Weltkrieges, um den deutschen Heimat-  
 boden mit dem Einsatz von Leben und Gesundheit zu  
 verteidigen. Keiner fragte nach der Form des Staates,  
 unter dessen Führung für das deutsche Lebensrecht ge-  
 kämpft wurde, und ebenso standen wir in den schweren  
 Nachkriegsjahren zur Idee des deutschen Staates, wenn  
 der ideelle und materielle Einsatz aller Kräfte in schweren  
 Stunden nationaler Not gefordert wurde. An diese Tra-  
 dition unserer Bewegung knüpft der Vorstand des Gewerks-  
 chaftsrings folgerichtig an, wenn er in seinem schon er-  
 wähnten Aufruf weiterhin sagt, daß die freiheitlich-  
 nationalen Gewerkschaften gewillt seien, auch der jetzigen  
 Regierung, die mit der verantwortlichen Staatsmacht das  
 Schicksal des ganzen deutschen Volkes zu gestalten habe,  
 ihre Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. „Denn Großes  
 steht auf dem Spiel: Der Frieden unseres Landes im  
 Innern, die Freiheit der Nation nach außen und die un-  
 mögliche Not von 6 Millionen Arbeitslosen.“

Eine neue politische Ordnung ist im Werden. Erst  
 nach einiger Zeit wird deutlich zu sehen sein, welche  
 Physiognomie sie haben wird. Aber das glauben wir  
 heute schon mit unerschütterlichem Glauben sagen zu  
 können, wie sich auch die Entwicklung im einzelnen voll-  
 ziehen mag und wie auch die Struktur eines neuen  
 Staates sich darstellen wird, eins wird sicher sein: ein

lebenskräftiges Deutschland kann nur ein soziales Deutsch-  
 land sein. Ganz gleich, wie die Form des Staates aus-  
 sehen mag, ein gesunder und starker Staat wird sich auf  
 den Glauben und das Vertrauen der breiten Masse der  
 Arbeiter und Angestellten in seine soziale Gerechtigkeit  
 stützen müssen. Friedrich Naumann hat vor einem  
 Menschenalter mit beinahe prophetischem Blick diesen Tat-  
 bestand vorausgeschaut und gemahnt, nationales und so-  
 ziales Wollen zur gewaltigen Entfesselung der Volkskräfte  
 zu verbinden. In seinem „Blauen Buch von Vaterland  
 und Freiheit“ setzte er ein Jahrzehnt vor dem Ausbruch  
 des großen Weltkrieges als Bekenntnis voraus, daß das  
 soziale Streben zur Menschwerdung der Masse und die  
 nationale Tat zwei Seiten ein und derselben Sache sind.  
 In dieser Erkenntnis sind wir Friedrich Naumann gefolgt.  
 Sein Geist mahnt uns heute, zur Bereitschaft für  
 den inneren Frieden unseres Volkes zu wirken, damit das  
 Reich der Deutschen in Freiheit und mit sozialer Ge-  
 rechtigkeit vollendet werde. Den Gewerkschaften erwachsen  
 in diesem Zusammenhang bedeutungsvolle Aufgaben. Sie  
 werden dabei nicht aufhören, sich selbst treu zu bleiben  
 und nach dem Geist ihrer geschichtlichen Ueberlieferung zu  
 handeln. Die neue Reichsregierung, und mit ihr die  
 Träger der politischen Gewalt, sind sich bei ihren Ueber-  
 legungen, die Beziehungen des neuen Staates zu den Be-  
 rufsverbänden der Arbeiter und Angestellten zu ordnen,  
 zweifellos der besonderen vollstän- und sozialen Bedeu-  
 tung der Gewerkschaften bewußt. So, wie sie in Deutsch-  
 land gewachsen sind, sind sie im besten Sinne des Wortes  
 im deutschen Volkstum bodenständig. In ihnen lebt die  
 altdeutsche Idee der genossenschaftlichen Selbsthilfe und  
 es gibt keine Möglichkeit, die deutschen Gewerkschaften in  
 ihrem Wesen und Charakter mit ähnlichen Organisationen  
 anderer Völker zu messen. Wir verstehen den Willen  
 der Reichsregierung, die Gewerkschaften in den Rhyth-  
 mus eines neuen deutschen staatlichen Systems hineinzu-  
 stellen. Die Regierung gibt damit zu erkennen, daß sie  
 sich der Notwendigkeit der soziologischen Untermauerung  
 auch des neuen deutschen Staates bewußt ist. Aber man  
 übersehe nicht, daß gerade um des Staates willen eine  
 solche Lösung im Geist der Freiheit und der Selbst-  
 bestimmung zu erstreben ist. In der Staatsmacht sind  
 starke soziale Kräfte zum Durchbruch gelangt, ihre Bin-  
 dung und Verbindung mit der Tradition der deutschen  
 Gewerkschaften muß gewonnen werden. So auch sind  
 Erschütterungen politischer Art zu vermeiden. Wir haben  
 niemals an dem Grundsatz rütteln lassen, daß die poli-  
 tischen Machtkämpfe unter keinen Umständen auf dem  
 Rücken der Berufsorganisationen der Arbeiter und Ange-  
 stellten ausgetragen werden dürfen. Wenn die Gewerks-  
 chaften in den letzten beiden Jahrzehnten anscheinend  
 in der Politik unseres Landes häufig in Front gestanden  
 haben, dann muß man darauf hinweisen, daß diese Hal-  
 tung jedenfalls für uns in nichts anderem begründet  
 war, als in der tätigen Anteilnahme an der Rettung des  
 deutschen Volkes vor dem inneren und äußeren Zusammen-  
 bruch. Es sind beispiellos schwere und auftritteinde  
 Jahre gewesen, die seit den Augusttagen von 1914 das  
 deutsche Volk durchlebt hat.

Wir können keinen sehnlicheren Wunsch haben, als den,  
 daß es der neuen Staatsführung gelingen möge, dem  
 deutschen Volk für die Kräftigung von Staat und Wirt-  
 schaft eine gesunde und tragfähige Grundlage zu geben.  
 Volk und Parlament haben dafür der Reichsregierung  
 die denkbar weitestgehenden Vollmachten zum Handeln  
 uneingeschränkt erteilt. Der Reichszangler hat zur Mit-  
 arbeit alle aufgerufen, die im deutschen Volk nur guten  
 Willens seien. Wir antworten ihm, daß es an unserem  
 guten Willen niemals fehlen soll, wenn durch aufbauende  
 staatsmännische Arbeit, der ideelle und materielle Lebens-  
 raum des deutschen Volkes erweitert und verbessert werden  
 soll. Es geht um Deutschland! Stimmungen und Gefühle  
 mögen den einzelnen Menschen beherrschen. Eine Bewe-  
 gung, die das Lebensinteresse hunderttausender ihrer Mit-  
 glieder nach besten Kräften zu wahren versucht, kann nur das  
 Ganze im Auge haben und mit festem Blick auf das Große und  
 Wesentliche entschlossen handeln. Das Ganze ist Deutsch-  
 land, das Wesentliche ist die Ueberwindung der entsetzlichen  
 sozialen und wirtschaftlichen Not vieler Millionen deutscher  
 Volksgenossen.

Wir stehen im freiheitlich-nationalen Gewerkschafts-  
 ring zu der Auffassung, daß das wirtschaftliche Aufbau-  
 werk der Reichsregierung durch die Sicherung des sozialen  
 Friedens gefördert werden muß. Zu der Idee der so-  
 zialen Zusammenarbeit und zu dem Gedanken der Ar-  
 beitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern  
 bekennen wir uns programmatisch. Der Gedanke des  
 Klassenkampfes hat in unserer freiheitlich-nationalen Ide-  
 ologie niemals Raum gefunden. Wir sahen in der Bil-  
 dung der Zentralarbeitsgemeinschaft vom November des  
 Jahres 1918 deshalb einen bedeutamen gesellschaftlichen  
 Fortschritt, den aus neue zu gewinnen, die Aufgabe der  
 Stunde ist. Wir stellen uns vor, daß in der Gemein-  
 schaftszusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern viel  
 Verständigungsmöglichkeiten gefunden werden können, die  
 geeignet sind, die Regierungsarbeit zu entlasten, wie  
 überhaupt die wirtschaftliche und soziale Selbstverwaltung  
 aus der politischen Säkularisierung dieser Zeit aufs neue heraus  
 entwickelt werden muß, damit die staatliche und wirt-  
 schaftliche Ordnung in den gesellschaftlichen Kräften unseres  
 Volkes fundiert werden kann. Wir hoffen und wünschen,  
 daß solche Wege eingeschlagen werden, damit der Neu-  
 aufbau des deutschen Staates Zug um Zug von einer  
 lebendigen und zielbewußten Sozialreform begleitet wird.  
 Die Bedeutung des Geistes der Selbstverwaltung tut not.  
 Er sichert die Entbürokratisierung der Sozialpolitik und  
 gibt ihr einen neuen schöpferischen, feilschen Rhythmus.  
 Wir haben in unseren Reihen des öfteren sagen müssen,  
 daß trotz gewaltiger Erweiterung der sozialpolitischen Ge-  
 setzgebung die soziale Gesinnung in unserem Volk er-  
 heblich vermindert wurde. Die Sozialpolitik der Nach-  
 kriegszeit stand allzusehr unter dem Bann der Form und  
 überließ die Notwendigkeit, die geistigen und feilschen  
 Kräfte im gleichen Ausmaß zu wecken. Darum muß die  
 soziale Gemeinschaftsarbeit der Stände und Berufe vor der  
 Wiederholung der Fehler bewahrt werden, daß in neuen  
 Paragraphen und Satzungen die Initiative des Geistes  
 verkümmert und die Selbstverantwortlichkeit des einzelnen,  
 wie der Organisation verdrängt.

Die gewerkschaftlichen Aufgaben im Umbruch dieser  
 Zeit sind größer und nicht geringer geworden. Ueber  
 die Erschütterung dieser Tage hinweg werden die großen  
 Linien einer neuen Entwicklung deutlicher und sichtbar.  
 Wir wollen mitwirken und handeln, darum wenden wir  
 unsere Blicke nicht rückwärts, sondern vorwärts. Vor-  
 wärts für das Glück der arbeitenden und arbeitssehn-  
 süchtigen deutschen Menschen! Vorwärts für die Freiheit  
 und Größe der Nation!

## Hoffen und Sehnen.

Vor mehr als hundert Jahren, in der Zeit größter  
 vaterländischer Not, gab der weitblickende Staatsmann  
 Freiherr vom Stein den deutschen Bauern die Freiheit. Sie,  
 die bisher nur Lehnknechte waren, wurden nun freie Bürger  
 auf eigenem Grund und Boden. Das war eine Tat.

Die Bauern haben lange um ihre Freiheit kämpfen  
 müssen. Der Erfolg blieb nicht aus. Bald wurde der  
 Bauernstand die stärkste und zuverlässigste Stütze des  
 Staates.

In den letzten Jahrzehnten hat sich Deutschland vom  
 Agrar- zum Industriestaat entwickelt. Rund 75 Prozent  
 der deutschen Staatsbürger sind unselbständige Gehalts-  
 und Lohnempfänger. Was vor hundert Jahren der Bauer,  
 das ist heute — oder sagen wir besser — das sollte heute  
 der Arbeitnehmer dem Staate sein. Er ist das aber nicht.  
 Warum?

Die ganzen heillosen Zustände im Innern, die Zer-  
 rissenheit der Volksfamilie, der Reiz und die Mißgunst,  
 alle diese Uebel des gegenseitigen Bekämpfens bis zum  
 Weißbluten, haben in diesem Fremdein ihre Ursachen. Es  
 ist so, als ob wir Deutschen uns gegenseitig nach dem  
 Leben trachten, wo wir doch brüderlich vereint zusammen-  
 stehen sollten.

Daß unsere ganze gesellschaftliche Atmosphäre ver-  
 giftet ist durch Schlagworte und sog. wissenschaftliche Be-  
 weise, entspricht dem Wesen des Nationalismus, der unser

# Was wollen wir?

In den Tagen der Sammlung aller nationalen Kräfte im Deutschen Volke haben auch wir die Aufgabe, daran mitzuarbeiten. Die Lösung dieser Aufgabe ist für

## unseren Gewerkverein

nicht schwer. Seit der Gründung der Deutschen Gewerkschaften, seit mehr denn 60 Jahre, vertreten wir den gewerkschaftlichen Grundsatz der

## parteipolitischen Neutralität.

Hefige Kämpfe haben sich daraus entwickelt. Aber wir sind unserem Grundsatz treu geblieben und die Entwicklung hat uns recht gegeben.

Auf dem Boden der parteipolitischen Angehörigkeit haben wir unser soziales und wirtschaftliches Programm aufgebaut und die Vergangenheit, wie die Gegenwart hat es bewiesen, daß wir damit auf dem richtigen Wege sind.

## Der schaffende Mensch

braucht eine Organisation, die ihm in jeder Lebenslage ein treuer Helfer und Berater ist, die ihn nicht einteilt in Klassen, und ihn nicht nach seiner Parteizugehörigkeit einschätzt.

## Die Gemeinschaftsarbeit

ist es, die alle Berufsgenossen ergreifen muß, um den Unterdrückten die Möglichkeit des Aufstiegs zu geben, die arbeitenden Massen vor der Ausbeutung zu schützen und dem Familienleben eine feste Grundlage zu schaffen.

## Dieses Aufgabengebiet

hat unseren Gewerkverein immer den Weg gewiesen, den er zu gehen hatte. Aus den gegebenen Verhältnissen brach

## die Selbsthilfe

herbor, wodurch die Möglichkeit einer tatkräftigen Berufsvertretung geschaffen wurde. Zäh und zielbewußt wurde an der Besserstellung der darbenenden Volksgenossen gearbeitet. Und

## die Erfolge

sind doch ganz offensichtlich. Das jahrzehntelange Ringen um die

## Gleichberechtigung

führte doch zu einer anderen Anschauung über die Stellung des Arbeiters. Millionen deutscher Arbeiter stehen unter der wirtschaftlichen Auswirkung der

## Tarifverträge und Betriebsvertretungen

Die Lohnfrage und die sonstigen Arbeitsbedingungen sind in den meisten Berufen geregelt. Damit wurde die willkürliche Lohnzahlung im allgemeinen ausgeschaltet. Die Absicht, die Löhne den Existenzbedürfnissen anzupassen, wurde zu einem guten Teil verwirklicht, wenn auch die ungeheure Wirtschaftskrise die Einkommen wieder herabgedrückt hat.

## Die Arbeitslosigkeit

ist eine Folge der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung. Der Kampf gegen diese Erscheinung wurde von den Gewerkschaften immer energisch geführt. Lohnabbau und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen sind von uns als wirtschaftsschädigend bezeichnet worden. Die verminderte Kaufkraft führte zu einer Vermehrung der Arbeitslosigkeit.

Die Gewerkschaften und der Gewerkschaftsring haben in einer großen Zahl Eingaben an jedwede Regierung versucht, den Weg zu weisen, wie es möglich sein kann.

## Arbeit und Brot

zu beschaffen, auf welches jeder Volksgenosse ein Recht hat. Es ist nicht die Schuld der Gewerkschaften, wenn die Arbeitsbeschaffung versagt hat und der entmutigende Druck der Arbeitslosigkeit mit seinen Auswirkungen noch auf der Menschheit liegt. Der Zerfall des Familienlebens muß entgegen gewirkt werden durch eine großzügige Siedlungsaktion. Die jetzigen Anfänge sind, wenn sie zweckdienlich sein sollen, in größerem Umfange auszubauen. Es wird aber auch nicht zu umgehen sein, daß die Wirtschaft einer Kontrolle zu unterwerfen ist, die hauptsächlich die Preisbildung und Gestehungskosten zu beobachten hat, übermäßige Gewinne und Gehälter zurücklegt zugunsten des verbilligten Produktes und damit die Kaufkraft anregt und die Produktion fördert.

## Dieses Ziel

zu erreichen und durchzusetzen müßte Aufgabe jedes deutschen Arbeiters sein. Nicht Staatshilfe allein kann helfen, sondern die Selbsthilfe muß wieder zu Ehren kommen. Wir müssen unser Schicksal selbst in die Hand nehmen und einen einzigen Willen haben, dasselbe zu meistern.

## In dem Zusammenschluß

aller deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen liegt immer noch die Voraussetzung für den Erfolg. Wer das nicht glaubt wird zum Spielball seiner wirtschaftlichen Haltlosigkeit. Der noch bestehende Vorteil der Unorganisierten, ohne Mitarbeit an den Errungenschaften der Organisationen teilzunehmen, wird sich kaum aufrecht erhalten lassen. Es gibt keine Interessenvertretung der Arbeiterklasse ohne Organisation und je stärker diese in Erscheinung tritt, je stärker ist deren Einfluß. Die

## bestehenden Organisationen

sind deshalb nicht überflüssig geworden, wie viele denken, um den Beitrag zu ersparen, sondern sind erst recht notwendig. Und es ist eine Umfälschung der Dinge, wenn Behauptungen verbreitet werden, als wenn die Gewerkschaften nichts geleistet hätten.

## Tatsachen

beweisen, daß die Mitglieder ihre eingezahlten Beiträge durch eine höhere Lohnzahlung, Verhütung von Lohnföhrungen, Verbesserung der Arbeitsverträge, Bezug von Unterstühtungen und durch den Beistand in allen wirtschaftlichen und sozialen Werten wieder erhalten haben. Und es tritt noch hinzu, daß unzweifelhaft durch das Wirken der Organisation das Ansehen und die Stellung des Arbeiters in der Öffentlichkeit und dem Staat gegenüber, sich gehoben hat. Auf dem

## sozialpolitischen Gebiete

steht fest, daß alle Versicherungszweige von dem Gedanken beeinflusst worden sind, den Zweck der Versicherung der Existenz des Arbeiters nutzbar zu machen und daß wir noch heute betont danach streben, die sozialpolitischen Einrichtungen des Staates zu erhalten und auszubauen.

So ergibt sich für die Gewerkschaften in Gegenwart und Zukunft ein dankbares Arbeitsgebiet. Und wir

## rufen die Arbeiterschaft

dazu auf, mitzuhelfen an dem großen Werk der Erfüllung.

Wir wollen mit unseren Berufskollegen und -kolleginnen gemeinsam unsere sozialen und wirtschaftlichen Interessen vertreten.

Wir wollen als Arbeiter nicht zurückstehen gegenüber anderen Berufsständen.

Wir wollen uns behaupten als gleichberechtigte Staatsbürger, in Rechten und Pflichten dem Staat gegenüber gleichgestellt.

Wir wollen das Staatsbewußtsein mit dem Standesbewußtsein verbinden und uns einsehen für einen wirklichen Aufbau von Staat und Wirtschaft.

Dazu ist unser Gewerkverein die gegebene Organisation.

## Freiheitlich-national und parteipolitisch unabhängig sind die Grundpfeiler unserer Bewegung.

Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin findet hier die richtige Berufsvertretung. Deshalb fordern wir auf zum Eintritt in den Gewerkverein.

Mit uns für Freiheit und Recht, für Volk und Vaterland.

Zeitalter gefangen hält. Was der Arbeiter will, ist doch im Grunde genommen nichts anderes, als was jeder bürgerliche Schaffende (Beamte, freie Berufe) auch will, er will sehen, daß er nicht umsonst arbeitet, daß er in seinem Leben auf irgend eine Weise vorankommt, er will eine gesicherte Grundlage für sich und seine Familie haben, er will, daß seine Mittel in demselben Maße wachsen, wie die primitiven Lebensbedürfnisse seiner Familie: er will vor den härtesten Zufällen des Lebens geschützt sein, und sich ein Leben in Sicherheit und Ordnung erarbeiten. Alles übrige ist Kullisse, Ideologie. Über diese Wünsche sind sie nicht bürgerliche Wünsche? Sind es nicht Forderungen, die jeder sog. Bürgerliche als selbstverständlich ansieht und nicht antasten läßt?

Man sollte doch sehen, daß unter diesen ideologischen Steinen ein Mensch vergraben ist, der genau so denkt und fühlt, wie der bürgerliche auch. Warum sollte es hier keine Verständigung geben können? Man behandle diese Fragen als menschliche und nicht als Machtfragen. Ist es nicht klar, daß der Staat und die Gesellschaft einen viel festeren Boden erhielten, wenn diesem Streben der handarbeitenden Schichten nach bürgerlicher Lebensordnung Verständnis und im Rahmen des Möglichen Anerkennung zuteil würde? Wie kommt es, daß die Unterhaltung mit dem einzelnen Arbeiter, etwa so, wie sie sich im Schillingen von Mensch zu Mensch vollzog, meist die Gegensätze verschwinden und das Gemeinsame hervortreten läßt, und daß die Debatten in der Öffentlichkeit nur unüberwindliche Gegensätze ergeben? Weil hier die gesunde Einsicht und das gegenseitige Verstehen durch diese unheilvollen Kullissen der Ideologie verbunkelt werden. Der Bürgerliche sollte sich freuen, Freunde seiner bürgerlichen Lebensführung zu finden und sich möglichst viele solcher Freunde schaffen. Diese gewinnt man aber nicht mit Parteiprogrammen, sondern allein dadurch, daß dem Proletarier bürgerliche Lebenswerte gegeben werden. Wenn der Proletarier sie nicht kennt, wie soll er sie verstehen oder gar verteidigen? Ein Mensch ohne Eigentum und ohne die Aussicht, ein bescheidenes Eigentum zu erwerben, wird ein Feind des Eigentums sein. Das ist selbstverständlich, aber das Selbstverständliche ist immer das Unbegreifene.

Nun wird man nicht von heute auf morgen den Arbeiter zum bürgerlichen Rentner machen können, der sich mit 45 Jahren zur Ruhe setzen kann. Das ist aber auch nicht nötig; es wäre schon viel erreicht, wenn die ungeheure Initiative der Wirtschaft darauf gerichtet wäre, die arbeitenden Klassen zu bürgerlichen Lebensformen zu bringen. Eine unmögliche Aufgabe? Jeder, der die menschliche Natur auch nur oberflächlich kennt, weiß, daß ein lebensfreudiger Mensch ein guter Arbeiter, ein verbitteter Mensch ein unbrauchbarer Arbeiter ist. Man stelle sich eine Wirtschaft vor, bei der die Arbeiterarmee freudig mitkämpft! Sie wird eine ganz andere Produktivität haben als eine Wirtschaft, in der die Führer treiben und die Arbeiter sich bestenfalls mühsam treiben lassen. Man denke aber auch an den inneren Markt. Bei aller großen Bedeutung des Außenhandels, die Grundlage jeder Volkswirtschaft bildet der innere Konsum. Diesen zu steigern liegt im Interesse der gesamten Industrie. Wenn man berücksichtigt, daß bei zahlreichen Fabriken, zumal bei denjenigen, bei denen viel Maschinenarbeit mitwirkt, der Lohnanteil des Arbeiters im Vergleich zum Verkaufswert der Ware relativ bescheiden ist, so sollte man meinen, eine Differenzierung der Löhne mit einer Besserstellung der Arbeiter nach dem Grade der Erfahrung und des technischen Könnens, sowie nach dem Lebensalter wäre durchzuführen ohne eine Gefährdung des Exports; sie würde reichlich wettgemacht durch die Belebung des inneren Marktes, die allen Industrien zugute kommt, und durch eine gesteigerte Leistungsfähigkeit der Arbeiterklasse.

In der Atmosphäre der Klassengegensätze gehen allerdings die besten Wirkungen der Lohnerhöhungen verloren. Es wird notwendig sein, aus dem stumpfen und mißvergnügten wieder einen lebensfreudigen und strebenden Arbeiter zu schaffen. Wenn erst einmal eine andere, freiere Luft geschaffen ist, dann werden auch Lohnerhöhungen in bescheidenen Grenzen, so wie die Verhältnisse es gestatten, eine größere Befriedigung und einen größeren Ansporn zu freudiger Arbeit hervorrufen.

Man hat zwar heute den Krieg ganz vergessen, aber in diesem Zusammenhange mag doch daran erinnert werden, daß der Deutsche zu jeder Leistung zu bringen ist, wenn er bei der Führung den Willen zur Anerkennung und zum menschlichen Verständnis sieht. Was aber für den militärischen Führer gilt, gilt erst recht für den Wirtschaftsführer. Es gilt abzubauen mit den Begriffsblenden und den Aufbau der Wirtschaft und des Staates zu beginnen, mit der Aufdeckung der verschütteten Menschen und der menschlichen Beziehungen. Der Wirtschaftsführer von heute hüte sich vor dem Standpunkt: Wenn es mich nur noch trägt, nach mir die Sintflut! Die großen Erschütterungen kommen meist sehr unerwartet.

Was heute nützt, ist mehr als je das Finden einer Arbeitslinie zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft. Wir geben uns nicht der törichten Auffassung hin, als ob es irgendwie möglich wäre, die Interessengegensätze ganz aus der Welt zu schaffen. Es kommt nur darauf an, daß beide Teile ihre Arbeit unter einem höheren Gesichtswinkel betrachten lernen. Wenn das geschieht, wird viel Zündstoff aus dem Volke verschwinden und wir werden zum erstrebten wirtschaftlichen und moralischen Wiederaufbau kommen.

# Die Weltanschauung der Deutschen Gewerbetreibenden.

Der Begründer unserer Organisation, Dr. Max Hirsch, hat die Weltanschauung der Gewerbetreibenden wiederholt in knappen, aber klaren Sätzen formuliert. Wenn Feinde und Fremde rütteln wollten an den grundlegenden Prinzipien der Organisation, dann rief er ihnen zu, daß die leitenden Grundsätze nicht abhingen von wechselnden Bedingungen und Umständen, von Ort und Zeit, nicht durch diese verändert würden, daß diese vielmehr das innere Wesen, den festen Baugrund einer geistig sittlichen Gemeinschaft bilden, auf dem dieselbe fest und unerschütterlich ruhe.

Diese fundamentalen Grundsätze fasste Dr. Max Hirsch dahin zusammen:

„Die deutschen Gewerbetreibenden stehen erstens auf dem Boden der gegenseitigen, durch gewaltige geistige und physische Kämpfe errungenen Gesellschaft, beruhend auf freier Privatwirtschaft, selbständiger Familie, Freiheit und Rechtsstaat — im Gegensatz zu dem Kollektivismus, der zwangsmäßigen Gemeinschaft aller Produktion, alles Vermögens und damit wesentlicher Aufhebung der individuellen Freiheit und Familie. Bei diesem ersten fundamentalen Grundsatz handelt es sich doch offenbar nicht um nebensächliche, mehr oder minder gleichgültige Ansichten, sondern um das Fundament der ethischen (sittlichen) und sozialen Weltanschauung, welche die Richtschnur des praktischen, besonders auch wirtschaftlich-sozialen Lebens bildet, von welcher daher auch das Verhalten in den wichtigsten Arbeiterfragen wesentlich abhängt.“

Im engen Zusammenhang mit diesem ersten Grundsatz steht der zweite. Unsere Organisation erstrebt die Verbesserung und Emporhebung der materiellen und geistigen Lage der arbeitenden Klassen hauptsächlich durch genossenschaftliche Selbsthilfe, als das naturgemäße, praktisch bewährte, dem Prinzip der freien Privatwirtschaft entsprechende Mittel. Zur Ergänzung und Unterstützung soll daneben auch die gesetzliche Staats- und Gemeindegüte in Anspruch genommen werden.

Im Zusammenhang mit dem Prinzip der freien Privatwirtschaft usw. steht nicht minder der dritte Fundamentalgrundsatz der deutschen Gewerbetreibenden: Volk Gleichberechtigte, aber nicht unverhältnißlos feindselige Stellung der Arbeit zum Kapital, vielmehr Erstreben dauernder Verständigung zwischen beiden auf Grund und zum Zweck ihrer und des Gewerbes gemeinsamer Interessen. Bei freier Privatwirtschaft im Rechtsstaat ist, wenigstens auf Generationen hinaus, mit dem Vorhandensein des Kapitals, d. h. der Kapitalisten und Unternehmer, unbedingt zu rechnen, sind also auch ihre wesentlichen Interessen, neben denen der Arbeiter, anzuerkennen. Dies bedingt notwendig, wenn nicht ein dauernder Krieg aller gegen alle und damit das Aufhören des Zweckes und der Grundlage aller Wirtschaft, der Produktion, eintreten soll, die Vereinbarung der Arbeitsbedingungen zwischen beiden Teilen, unter Wahrung der beiderseitigen Interessen.“

Art und Wesen der Gewerbetreibenden wurden hier in kurzen Sätzen scharf markiert. Dr. Max Hirsch mußte die klare Stellung der Gewerbetreibenden zum Unternehmertum auch gegen Angriffe aus den eigenen Reihen verteidigen. Die praktische Erfahrung hat seinen Prinzipien jedenfalls Recht gegeben. Dr. Max Hirsch wollte die Verständigung aus der Grundlage bürgerlicher Gleichberechtigung durchführen. In diesem Sinne bildet der Interessenausgleich durch friedliche Verständigung, statt durch ausschlaggebenden, zerstörenden Kampf, in der Tat einen fundamentalen Grundsatz der deutschen Gewerbetreibenden.

Aus unserer Gesamtstellung ergibt sich auch unsere Weltanschauung. Wir sind tolerant auch gegen Andersdenkende und unser Kampf gilt der Freiheit und dem Fortschritt. Die liberale freiheitlich-nationale Weltanschauung in den Gewerbetreibenden vertreten, bedeutet nicht ihre Einschränkung in den engen Rahmen einer Partei. Liberal sein bedeutet für uns, das organisierte Streben nach persönlicher und sozialer Freiheit! Wir suchen auf dem Gebiete der Entwicklung, dem alles in der Welt unterworfen ist, und erkennen in der materiellen wie geistigen Arbeit die Mittel und Hebel des Fortschritts zur sittlichen Bervollkommnung des Menschentums.

In der göttlichen Natur ist alles vollkommen, unvollkommen ist nur der Mensch und darum sind es auch seine Werke! Mit dem Streben, durch Arbeit und Bildung zu höchstmöglicher Vollkommenheit emporzuheben auf der steilen Leiter der Kultur, helfen wir an der Mehrung aller geistigen und materiellen Güter der Gesellschaft und heben damit auch das eigene Leben.

Liberal sein, heißt gerecht sein! Unser ideales Streben gilt mithin der Durchführung des sittlichen Prinzips der sozialen Gerechtigkeit. Wir wollen nicht, daß die menschliche Gesellschaft ein klassenzerklüftetes Gemenge untereinander feindselig gesinnter Menschen bleibe. Unsere Arbeit gilt daher der Brüderlichkeit im Volke.

Nicht im Machtkampf der Klassen, der das barbarische Faustrecht höher stellt, als das sittliche Recht, sieht die freiheitlich-nationale Arbeiterbewegung das wirksamste Mittel für den menschlichen Fortschritt, sie sieht es vielmehr vor allem auch in der erzieherischen Arbeit des einzelnen an sich selbst und in der alle Geister erfüllenden, vortwärts- und aufwärtstreibenden Sehnsucht, ein immer freies und stärkeres Volk zu werden. Bei freier Beweglichkeit der einzelnen Glieder des Volkes müssen diese sich organisch verbunden fühlen, um im nationalen Ein-

flang des Wirkens den ganzen Körper machtvoller, größer und schöner zu gestalten.

Mögen die immerhin in vielfacher Beziehung einheitlichen Interessen der Unternehmer und Arbeitnehmer oft auch noch so weit auseinanderstreben, mag es auch in Zukunft noch manchen harten Kampf zwischen Unternehmern und Arbeitern geben, wenn beide Teile sich nur vor Augen halten, daß über den Interessen der einzelnen das Interesse der Gesamtheit des Volkes steht, dann wird dies verbindende nationale Moment segensreich auch auf die Gestaltung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse wirken.

## An unsere Jugendgruppen!

Ein Sturmwind ist über Deutschland dahingekraust. Er hat gerüttelt und geschüttelt, was nicht fest auf den Weinen stand, wurde umgeworfen, was nicht lebensfähig war, geknickt. Aber was noch steht, das will vortwärts. Und, liebe Freunde, unser Jugendbund steht.

Was wir seit unserer Gründung zum Grundsatz gemacht: Jugendarbeit hat nichts mit parteipolitischer Entwicklung zu tun, das hat sich in diesen Wochen tausendfältig als richtig erwiesen. Dies erkennen heißt für uns ansetzen zu neuem Werbesturm. In der Gewerbetreibendenjugend haben wir zum Ostertermin eine stärkere Werbung unter den Schülern gefordert.

Wir unterbreiten Euch jetzt als Beschluß der Reichsjugendleitung, daß wir Euch Jungen und Mädchen alle verpflichten, neue Freunde unserem Bunde zuzuführen.

Laßt Euch nicht durch die Größe anderer Bünde einschüchtern. Denkt allezeit daran, daß wir den Willen haben, zu wachsen und unseren Einfluß zu stärken. Wir weisen Euch besonders darauf hin, daß die Grundlagen unserer Arbeit unverrückbar feststehen. Wir sind:

### freiheitlich-national!

Freiheitlich, weil in unseren Reihen kein Freund ist, der nicht aus eigenem Entschluß zu uns kam. Freiheitlich aber auch, weil ohne Zwang und Druck die Jugend lernen soll, ihre Zeit zu nützen, für die Gemeinschaft zu wirken.

National sind wir, weil wir mit hellem Herzen unser Vaterland Deutschland nennen. National aber auch, weil wir in der Gemeinschaft der Jugendbündler die Grundlagen einer wahren Volksgemeinschaft legen, und weil wir dem arbeitenden jungen Menschen im Rahmen des Gesamtvolkes seinen Platz sichern wollen.

Freundinnen, Freunde! Seht mit dieser Einstellung zu unserer Arbeit daran, unsere Reihen zu stärken. Wir sind gewiß, es ist möglich, unseren Kreis zu erweitern und unsere Zahl zu verdoppeln. Keiner von Euch darf uns in diesen Wochen im Stich lassen, keiner von Euch darf weniger als ein neues Mitglied werben. Wir vertrauen auf Euch.

Mit Bundesgruß: Froh Heil!

Berlin, den 30. März 1933.

## Zeitgemäße Erinnerungen.

Die Tagespresse ist zurzeit gefüllt mit Berichten und Notizen über die künftige Gestaltung der Gewerkschaften. Inwieweit dieselben aus verantwortlichen Quellen herrühren, ist schwer festzustellen. Man redet und schreibt viel über „Einheitsorganisationen“, andere wieder wollen die drei Gewerkschaftsrichtungen, wenn auch in veränderter Form, bestehen lassen, während andere wieder, Gewerkschaften nach neuzeitlichem Muster aufgeboten wissen wollen. Ebenso beschäftigt sich die Presse auch viel mit der politischen Seite der Gewerkschaften.

Man wird gut tun, alle diese Auslassungen als Fühler, die von den verschiedensten Seiten ausgestreckt werden, zu betrachten. Das eine muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß alle diese Zeitungsnutzen wenig geeignet sind, Beruhigung in die Massen der Arbeitnehmer hineinzutragen, daß sie vielmehr in erhöhtem Maße Verwirrung und Unsicherheit, besonders in die organisierte Arbeiterschaft hineinbringen. Es zeigt sich auch mit aller Deutlichkeit, welche Unkenntnis über das Wesen und die Form der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen herrscht.

Die parteipolitische Unabhängigkeit der deutschen Gewerkschaften. In dieser aufgeregten Zeit, in der man sich besonders mit dieser Frage beschäftigt, erscheint es notwendig, aus unserer Gewerkschaftsliteratur einige Vorgänge herauszugreifen und sie an das neuzeitliche Tageslicht zu ziehen. Wir erinnern an das Jahr 1905, wo anläßlich des großen Bergarbeiterstreiks der damalige Reichskanzler Fürst Bülow glaubte, die parteipolitische Neutralität der deutschen Gewerkschaften anzuzweifeln zu können. Ihm wurde von der Reichstagstribüne von dem Abg. Pöhl nach dem amtlichen Stenogramm eine treffende Belehrung durch folgende Ausführungen zuteil:

„Alles kann der Mensch nicht wissen, und bei der sonstigen Vielseitigkeit des Herrn Reichskanzlers ist es zwar zu beklagen, aber eigentlich nicht zu verwundern, daß er in der Geschichte der deutschen Wirtschaftsreform nicht gut Bescheid weiß. Dies ist gestern zutage getreten bei der Behauptung des Herrn Reichskanzlers, daß gerade die Herren Hirsch und Dunder ihre ganze Agitation entfaltet hätten zu dem Zweck, um der Sozialdemokratie Truppen abzutreiben und diese der Fahne des Fortschritts zuzuführen. Meine Herren, es gibt vielleicht in der nächsten Nähe des Herrn Reichskanzlers so wenig

Wahrscheinlichkeit, die auf Dand nicht wartet, daß es ihm einfach ganz unendlich erscheint, es könne jemand lediglich um einer Sache selbst willen bei seiner politischen Tätigkeit noch heute große Mühe aufwenden. Als damals die Arbeiterbewegung von Lassalle betrieben wurde, da suchten ganz andere Persönlichkeiten politisch daraus Kapital zu schlagen. Damals war es der Reichskanzler Fürst Bismarck, der sich zu Lassalle auf das Verhältnis eines guten Nachbarn einrichtete. Er glaubte, gerade diese Arbeiterbewegung gegen uns auszuspielen zu können. Fürst Bismarck also wollte es nicht, daß den Arbeitern um ihrer selbst willen geholfen werde. Er wollte eine politische Macht heranzüchten, die den Freisinn niederkämpfen sollte.“

Meine Herren, was Hirsch und Dunder, die wir mit Stolz die unsern nennen, geschafft haben, das sollte lediglich der Arbeiterschaft zugute kommen und ist der ganzen Arbeiterwelt zugute gekommen. Sie selbst haben keinen Lohn gewollt, keinen erwartet, auch keinen bekommen. Gerade diese beiden Männer haben sich gesagt, bei der Entwicklung der Großindustrie kann ein Arbeiter allein gegenüber den Arbeitgebern gar nichts ausrichten. Wenn überhaupt die Arbeiter Gelegenheit haben wollen, ihr Los zu verbessern, dann müssen sie zu allererst die Macht und die Kraft besitzen, sich zusammenzuschließen. Denn nur im Zusammenschluß ist ein Heil für die Arbeiterschaft zu erwarten. Ich denke, es ist das ein Segen für unser Vaterland, daß in dieser Weise weite Kreise der Arbeiterschaft zur Ueberzeugung gekommen sind, daß auch auf dem Boden der jetzigen Gesellschaftsordnung Segen und Heil für die Arbeiterschaft zu erzielen sei. Meine Herren, das ist eine patriotische Tat gewesen. Und noch weiter ist es ganz sicherlich zu loben, daß die betreffenden Arbeiter dazu erzogen werden, Hilfe von der eigenen Kraft zu erwarten.

In kurzer Zeit werden ja wieder die Handelsverträge hier besprochen werden. Da wird sich wieder deutlich kund tun, wie weite Kreise in unserm Deutschland das Verlangen haben, sich nicht auf die eigene Kraft zu verlassen, sondern vom Reich Vorteile zu begehren. Wie so viele prahlen mit der eigenen Unfähigkeit, kokettieren mit der eigenen Impotenz, bloß um recht viel Vorteile vom Staat herauszuschlagen zum Nachteil von anderen Staatsbürgern!

Meine Herren, wenn dann andere und wenn gerade die Vermissten der Armen zu dem Grundsatz erzogen werden: waret eure Freiheit, verlangt keine Sonderprivilegien vom Staat, verlaßt euch auf eigene Kraft, — so ist das etwas, was dem ganzen Vaterland zugute kommen muß. Das Bewußtsein, daß wir zu solcher Erziehung der Arbeitermassen in unserer Partei mitgewirkt haben, ist uns Dank und Lohn genug. Einen anderen Lohn verlangen wir nicht. Die Gewerkschaften haben von diesem Gesichtspunkte unsere Sympathien. Ihrer politischen Ueberzeugung mögen sie folgen, wohin diese Ueberzeugung sie führt. In unsern Kreisen werden wir ihren Bestrebungen Beifall und Hilfe geben, so lange sie ihre Grundsätze nicht verleugnen.“

Diese Rede, die von dem Abg. Pöhl im Jahre 1905 gehalten wurde, ist, gemessen auf die deutschen Gewerkschaften, auch heute noch durchaus zeitgemäß. Runden wir dies Bild ab, indem wir auf die Gründungsversammlung der Gewerkschaften, auf den „Allgemeinen deutschen Arbeiterkongress“ vom 26. September 1868 hinweisen. Hier verfuhr Dr. Max Hirsch, der Gründer der deutschen Gewerkschaften, seinen Standpunkt, der politischen Unabhängigkeit und Neutralität, auf den nur eine Arbeiterbewegung gedeihen kann, zu vertreten. Er wurde von dem Präsidenten des Kongresses von Schweizer daran gehindert, er wurde aus dem Saal verwiesen. Am 30. Dezember 1932 konnten wir Gewerkschaften den 100. Geburtstag von Dr. Max Hirsch feiern, wir konnten hierbei feststellen, daß Hirsch seine Lebensbahn in Ehren vollendet hat und daß die von ihm vertretenen Grundsätze heute als richtunggebend für die gesamte Arbeiterbewegung angesehen werden.

Von seinem Gegner von Schweizer, der Hirsch 1868 aus dem Saal verwies, erklärte der Sozialistenführer August Bebel am 9. Dezember 1875 laut Stenogramm von der Reichstagstribüne:

„Ich weiß nicht, ob Sie es wissen, wir aber wissen es, daß Dr. v. Schweizer, der Sozialistenführer, im geheimen ein politisches Werkzeug der preussischen Regierung war; und nach unserer Ueberzeugung ist dem Abgeordneten von Schleicher damals (Ende 1868) aus dem Grunde ein Urlaub (im Gefängnis) bewilligt worden, weil er unter radikaler Maske den Regierungsagenten spielte, mit anderen Worten ein politischer Lump war.“

Welch eine Tragik liegt in diesen Vorgängen, welche Kämpfe wären der Arbeiterschaft erspart geblieben, welche Machtstellung hätte die Arbeiterbewegung erreicht, wenn man den Grundsätzen, die Dr. Max Hirsch bei den Anfängen der Arbeiterbewegung in den Vordergrund gestellt hatte, gefolgt wäre.

Dr. Max Hirsch auf dem Verbandstage 1873 zu Berlin.

Nicht selten hat man es so hingestellt, als ob die Gründung der deutschen Gewerkschaften und die Engländer Hirschs im Auftrage und mit Mitteln der Fortschrittspartei erfolgt sei. Nach dem altenmäßigen Protokoll des 2. Verbandstages der Gewerkschaften 1873 zu Berlin, hat Dr. Max Hirsch selbst diese Legende gleich widerlegt, indem er auf dieser Tagung wörtlich dazu folgendes sagte:

„Was insbesondere die soziale Frage betrifft, so habe ich trotz meiner Vergrößerung für den Vater der deutschen Genossenschaften und obgleich ich noch jetzt erkläre: es gibt keinen wärmeren Freund der Arbeiter als Schulge-Delitzsch — doch geglaubt, es sei das Beste, wenn ich mir über die Sache selber Klarheit verschaffe und dann danach strebe, das Gebäude des Meisters auszubauen. Es war mein eigener Antrieb, als in und nach dem Rotwinter 1867 auf 1868 ich gesehen hatte, wie verworren die soziale Bewegung bei uns sich gestaltete, ich beschloß, nach England, an die Quelle der sozialen Weisheit zu gehen natürlich auf eigene Kosten. Da traten mir aber, neben den Genossenschaften, zu deren Studium ich hauptsächlich die Reise unternommen, die Gewerksvereine als etwas ganz Neues und Großartiges entgegen. Ich hatte Gelegenheit, mich mit den Führern der Trades Unions eingehend zu besprechen, Berichte und die Geschäftsbücher einzusehen, und es wurde mir einleuchtend, welche ein gewaltiges Prinzip der Volkswohlfahrt in diesen Organisationen liegt, und von dem Augenblick gelobe ich mir, die Institutionen auch in meinem Vaterlande einzuführen. Als ich zurückkam — es war im Späthommer 1868 — um meine Studien zunächst literarisch zu verwerthen, da war bekanntlich der Schweizer-Krisische Arbeiterkongreß einberufen, um Gewerkschaften zu gründen, und dieser Umstand trieb mich unwillkürlich sofort ins praktische Leben hinein. Denn es wäre eine Sünde gewesen, wenn ich nach den Erfahrungen in England jetzt hätte schweigen und ruhig mitansetzen sollen, wie solche Menschen, die ja jetzt erkannt sind, die Arbeiter mißbrauchen sollten, um unter dem Namen der „Gewerksvereine“ etwas ganz anderes und verderbliches zur Geltung zu bringen. Es leben noch eine Menge Männer, die da bezeugen können, daß es sich so und nicht anders verhielt.“

Ueber Vergangenes soll man nicht trauern. Wenn wir heute die Vorgänge in die Erinnerung rufen, so tun wir es lediglich zu dem Zweck, daß man aus dem Vergangenen seine Lehren ziehen soll. Ueber das Schicksal der gesamten deutschen Arbeiterbewegung herrscht zur Zeit ein undurchsichtiges Dunkel. Wir können der kommenden Entwicklung mit Ruhe entgegen sehen, die Grundlinien unseres Programms sind unverrückbar geblieben.

### Sägewerkindustrie Südwestdeutschland.

Der Arbeitgeberverband für die Sägewerkindustrie Südwestdeutschlands hat den bestehenden Lohnvertrag auf den 15. 3. 1933 und den Manteltarifvertrag auf den 30. 4. 1933 gekündigt. Unterdessen, noch ehe man zu Verhandlungen kommen konnte, teilt der Arbeitgeberverband mit, daß er in der Auflösung begriffen, und zur Führung von Tarifverhandlungen nicht mehr bevollmächtigt sei.

Es besteht somit ab 15. 3. in der Lohnfrage ein tarifloser Zustand, in der gleichen Weise ist das ab 1. Mai mit dem Manteltarif der Fall.

Nach den Veröffentlichungen der Reichsregierung soll ein sogenannter Wirtschaftsfrieden angestrebt, und Veränderungen der bisherigen Tarifbestimmungen nur dann vorgenommen werden, wenn ganz besondere Verhältnisse vorliegen.

Von Arbeitnehmerseite ist demzufolge bei dem Schlichter für Südwestdeutschland beantragt worden, man möge die in Frage kommenden Firmen zu Verhandlungen laden, da ja durch einen Ewigerverband die nötige Gesamtvertretung fehlt.

In einem Schreiben an den Schlichter wurde zur Begründung darauf hingewiesen, daß ein von der Reichsregierung gewollter Wirtschaftsfrieden nicht eintreten könne, wenn einzelne Arbeitgeber, angereizt durch den tariflosen Zustand, die Notlage der Arbeiterschaft auszunutzen, und die äußerst niedrigen Löhne noch weiter herunter zu drücken versuchen. In der letzten Zeit sind ernste Bemühungen durch die Wirtschaftsverbände der Sägewerkindustrie unternommen worden, um ungesunde Zustände auf dem Schnittholzmarkt zu unterbinden, um stabilere und gesündere Preisverhältnisse durchzusetzen. Alle diese Bemühungen werden aber um ihren Erfolg gebracht, wenn es nicht gelingt, durch Verlängerung der Tarife auch eine Stabilität in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen herbeizuführen.

Im Vergleich zu anderen Tarifgebieten der Sägewerkindustrie sind die Löhne in Südwestdeutschland weit stärker gekürzt worden. Es fehlen somit alle Voraussetzungen für eine weitere Kürzung der Löhne. Der größte Teil der Firmen hat sich bisher an den Lohnvertrag gehalten und auch bei dessen Ablauf am 15. März keinerlei Veränderungen vorgenommen. Ein kleiner Teil der Betriebe versucht jedoch durch Drohungen mit Entlassungen und anderen Druckmitteln die Löhne in unvernünftiger Weise herunter zu drücken.

Von den bisherigen Tarifkontrahenten auf Arbeitnehmerseite wurde demgemäß beantragt:

1. Der Lohnvertrag vom Juni 1932 wird mit den feierlichen Kündigungsfristen wieder in Kraft gesetzt und behält Gültigkeit bis zum 15. März 1934.

2. Der Manteltarif vom 27. 4. 1928 wird unter Berufung der durch das Lohnamt vorgenommenen Tarifänderungen und Ortsklassenverlegungen bis zum 31. 4. 1934 mit den Kündigungsfristen nach § 41 wieder in Kraft gesetzt.

A. J.

## Stärkere Saisonentlastung des Arbeitsmarktes.

337 000 Arbeitslose weniger.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 16. bis 31. März hat die Frühjahrsentlastung des Arbeitsmarktes in der Zeit von Mitte bis Ende März so gute Fortschritte gemacht, daß die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen in der Berichtszeit um rund 337 000 zurückgegangen ist.

Die Reichszahl der Arbeitslosen beträgt Ende März rund 5 598 000, sie liegt damit schon um rund 449 000 oder 7,4 Prozent unter dem winterlichen Höchstpunkt, während im Vorjahr der Umschwung erst in der zweiten Märzhälfte einsetzte und bis Ende März eine Entlastung von nur 95 000 brachte.

Gleichlaufend mit der Entwicklung der Arbeitslosenzahl nahmen die Unterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge beachtlich ab. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ging in der Arbeitslosenversicherung auf rund 686 000, in der Krisenfürsorge — obgleich hier keine Aussteuerung stattfindet — auf rund 1 479 000 zurück. Anerkannte Wohlfahrts-erwerbslose wurden Ende des Monats von den Arbeitsämtern rund 2 373 000 gezählt; ihre Zahl ist im Laufe des Monats um 103 000 gesunken.

Die günstige Witterung ermöglichte eine verstärkte Ansetzung von Notstandsarbeiten im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms, dessen Auswirkung jetzt beginnt. Im freiwilligen Arbeitsdienst wurden rund 214 000 junge Deutsche beschäftigt.

An der arbeitsmarktlichen Entlastung waren alle Landesarbeitsamtsbezirke beteiligt. Die stärksten Maßnahmen zeigen Brandenburg, Bayern, Mitteldeutschland und Sachsen. Der Rückgang war überwiegend saisonbedingt.

### Aus den Ortsgruppen.

Breslau. Die letzte Mitgliederversammlung war verbunden mit einer Ehrung des Kollegen Karl Sebel, der ununterbrochen 50 Jahre dem Gewerksverein Breslau angehört. Der Vorsitzende, Kollege Zimmer wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß die heutige Zeit nicht dazu angetan sei, Feste zu feiern, deshalb hat der Vorstand die Ehrung des Jubilars nur auf den Kreis der Versammlungsteilnehmer beschränkt. Der Herzlichkeit der Glückwünsche werde dadurch kein Abbruch getan. Bezirksleiter Kollege Stöckinger, vom Gewerksverein der Metallarbeiter, schilderte in bewegten Worten die großen Verdienste, die sich Kollege Karl Sebel während seiner 50-jährigen Mitgliedschaft in dem Gewerksverein erworben hat, und dankte ihm herzlich im Namen sämtlicher anwesenden Kollegen für die von ihm geleistete Arbeit, für die Treue und Anhänglichkeit der Organisation gegenüber.

Hamburg. Am Dienstag, dem 2. Mai 1933 findet in Hans Gesellschaftshaus, Besenbinderhof eine Vertrauensmännerkundgebung des Gewerkschaftsrings Nordmark statt. Referent Kollege Ernst Lemmer, Berlin. Die Vertrauensleute des Gewerksvereins der Holzarbeiter Hamburg sind hiermit nochmals darauf hingewiesen.

### Pünktliche Beitragszahlung ist dringende Pflicht eines jeden Mitgliedes.

Für die Woche vom 8.—14. April ist die 15. Woche fällig  
Für die Woche vom 15.—21. April ist die 16. Woche fällig  
Für die Woche vom 22.—28. April ist die 17. Woche fällig  
Für die Woche vom 29. April—5. Mai ist die 18. Woche fällig.

## Jahresbericht

der Zuschuß-, Krankenunterstützungs- und Sterbegeldkasse des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands für das Jahr 1932.

Einnahme		Ausgabe	
Rücklage am Schlusse des Vorjahres	13 980,09	Kranken- und Sterbegeld	6 464,42
Eintrittsgelder und Beiträge	7 924,25	Verwaltungskosten (einschl. Steuern u. Gebühren)	2 268,08
Einnahmen an Zinsen	529,97	Zurückgezahlte Beiträge	19,04
Zurückgezahltes Krankengeld	17,85	Rücklage am Schlusse des Geschäftsjahres	14 609,72
Gewinn aus Vermögensanlagen	909,10		
	23 361,26		23 361,26

### Vermögensnachweis

Guthaben		Verpflichtungen	
Bare Kasse und Postcheckkonto	714,50		
Bank- bzw. Sparkassenguthaben	3 181,63		
An Wertpapieren	10 246,50	Rücklage am Schlusse des Jahres 1932	14 609,72
Forderungen an Zahlstellen	467,09		
	14 609,72		14 609,72

Berlin, den 31. Dezember 1932

H. Feist, Fr. Thunack, H. Borchardt, Hauptrevisoren.

M. Schumacher, Hauptkassierer.

## Notpreise!

Feine

## Maß-Anzugstoffe

blau und grau Wollkammgarn

Meter RM. 6.80, 8.80, 10.80

Unverbindliche Mustersendung wird gern zugesandt!

Geraer Textilfabrikation G. m. b. H. Gera.

Unserm langjährigen treuen Mitglied

Moris Jahr nebst Gemahlin zu ihrem goldenen Ehejubiläum die herzlichsten Glück- und Segenswünsche.

Mögen sie noch viele Jahre unter uns weilen, möge ihnen ein heiterer Lebensabend beschieden sein.

Der Vorstand und die Kollegen des Ortsverein Schmölla

## Sterbetafel

Buch-Nr.	Name der Verstorbenen	Name des Vereins
378	Seidler, Friedrich	Berlin-Nord
26 377	Buchholz, Julius	Stettin
1 233 b	Wolff, Marie	Breslau
1 045 b	Ritter, Rosina	Biberach
2 949	Trentin, Gustav	Hamburg
24 908	Riedel, Hermann	Berlin-Süd-Ost
30 695	Braun, Adolf	Kaiserslautern
552	Klobe, Gustav	Berlin-Nord
2 840	Brinker, Wilhelm	Hagen
392 b	Fischer, Emilie	Hauptkasse
1 153	Lohse, Heinrich	Breslau
228	Hager, Amalie	Fürth
4 027	Schneider, Karl	Berlin-Süd-Ost
597 b	Sommer, Anna-Marie	Ulm a. So.
30 871	Rielmann, Hermann	Eibing
8 388	Bapensfuß, Hermann	Stolp i. Po.
411	Eggmann, Eduard	Nürnberg
21 292 b	Krone, Auguste	Rathenow
5 196 b	Neumann, Klara	Hamburg
2 349	Hannig, Hermann	Frankfurt (Ob.)
331	Brescher, Wilhelm	Bl.-Königsstadt
2 440	Mieh, Heinrich	Freiburg i. Schl.
3 793 b	Salzner, Babette	Nürnberg
6 556	Emde, Wilhelm	Dortmund

Ehre ihrem Andenken!

Der Hauptvorstand.

## Werbe für den Gewerksverein.